



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

S., J.: Preußen und Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußen und Oestreich.

Kriegerische und friedliche Träumereien über Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges. Von Pz. Leipzig, B. G. Teubner. 1857.

Halb erzählend, halb erörternd behandelt der Verfasser in diesen Träumereien eine mannigfaltige Reihe von Fragen, die sich zwar sämmtlich auf die Entwicklung Deutschlands beziehen, die aber sonst in keinem strengen Zusammenhang zueinander stehen. Am ausführlichsten geht er auf die Militärverfassung ein. Wir überlassen jedoch die Beurtheilung seiner Wünsche und Anforderungen nach dieser Seite hin einem Mann von Fach und halten uns an die eigentliche Politik, die ihm auch in der That am meisten am Herzen liegt, denn seine militärischen Vorschläge würden nur dann Anwendung finden können, wenn man gewisse politische Voraussetzungen zugibt.

Um uns auf dem Gebiet der ruhigen Discussion zu halten, lassen wir zunächst die Gefühle bei Seite, die ihn zum Theil in seinen Wünschen bestimmen. Er hat, wie er uns berichtet, vor der Theilung Sachsens in der sächsischen Armee gedient und hat die Behandlung seines Vaterlandes durch den wiener Congress mit großer Bitterkeit empfunden. Diese Bitterkeit kann er auch heute noch nicht verleugnen; wo er auf Preußen und Rußland zu sprechen kommt, merkt man ihm an, daß er sich Gewalt anthun muß, um ruhig zu bleiben. Man darf den Einfluß des Gefühls auf die wirkliche Politik nicht zu gering anschlagen, und wir, die wir die Stimmungen des Verfassers nicht theilen, haben gegen den Ausdruck derselben nichts einzuwenden, so lange sie ihn nicht zu unrichtigen Urtheilen verleiten. Auf einige Punkte, wo das Gefühl mit ihm durchgeht, werden wir später aufmerksam machen. Hier begnügen wir uns damit, seine Stimmung zu constatiren, denn der Discussion gibt sie keinen Raum. Dagegen gibt es einen neutralen Boden, auf dem wir uns verständigen können, seine letzten Ideale stimmen mit den unsrigen überein, die Abweichung bezieht sich nur auf die Art und Weise, wie dieselben verwirklicht werden können. Herr Pz. will nämlich, daß Deutschland sich im Innern in geistiger wie in materieller Beziehung selbstständig und kräftig entwickle und nach außen hin eine geachtete Stellung einnehme.

Die Mittel zu diesem höchst wünschenswerthen Zweck hat er zwar nicht in ein System gebracht, aber man findet doch in seinen sämmtlichen Deductionen zwei leitende Gedanken heraus: die Eintracht zwischen Oestreich und Preußen und die Begünstigung der Mittelstaaten auf Kosten der kleinen.

Was das Erste betrifft, so können wir nur unsere Wünsche mit denen des Verfassers vereinigen. Wenn Oestreich und Preußen in allen Punkten einig wären, so würde in materieller Beziehung für Deutschland ein großer Gewinn daraus hervorgehen, und wir würden eine Politik verfolgen können, die von Rußland, England und Frankreich unabhängig wäre. Die Eintracht zwischen den beiden Staaten ist nicht bloß wünschenswerth, sie ist auch möglich. Wenn die beiderseitigen Staaten ihre positiven Interessen richtig verständen, so würden sie einsehen, daß sie sich in keinem Punkt ernsthaft widersprechen, ja sie würden mitunter zu ganz erstaunlichen Resultaten kommen, zu Resultaten, mit denen diejenige Classe von Politikern, denen sich Herr Pz. anreißt, am wenigsten zufrieden sein würde. Herr Pz. schreibt nämlich nicht grade die Devise Bamberg auf seine Fahne, er mißbilligt sogar den einzelnen Act, von dem sich diese Benennung herschreibt, indesß aus Gründen, die nicht in der Natur der Sache liegen, sondern die von der momentanen Zweckmäßigkeit hergenommen sind; aber indirect zielen alle seine Vorschläge dahin, die bamberger Politik möglich und wirksam zu machen.

Die östreichischen und preussischen Staatsmänner können sich einigen, wenn sie alle vorgefaßten Meinungen, Leidenschaften, Sympathien, alle politischen Ueberlieferungen zum Schweigen bringen. Eine solche Ueberwindung des Gefühls im Interesse des Verstandes ist aber bei Staatsmännern ebenso selten, wie bei Privatleuten. Sie ist um so seltener, je weitläufiger die Berechnung ist, die der Verstand anstellen müßte, um seine Auffassung geltend zu machen. Auch die Staatsmänner sehen in der Regel nur das Nächstliegende, und das Nächstliegende ist in diesem Fall, daß Oestreich und Preußen Concurrenten um denselben Preis sind, daß also der eine wie der andere Staat dahin arbeiten muß, den Spielraum seines Nebenbuhlers einzuengen. Ein bedenklicher Umstand ist ferner, daß ein reales Einverständnis nur in dem Fall möglich ist, wenn sich auf beiden Seiten die richtige Einsicht geltend macht, und hier müssen wir zunächst hervorheben, daß Herr Pz. im höchsten Grade Unrecht hat, wenn er in Bezug auf die neueste Geschichte Preußen alle Schuld zuschreibt.

Ein Staat, der den aufrichtigen Willen hat, einen benachbarten Staat zu gewinnen, wird es als eine willkommene Gelegenheit mit Freuden ergreifen, wenn er ihn in einer Angelegenheit verpflichten kann, die nicht einen realen, sondern einen idealen, d. h. imaginären Werth hat. Eine solche Gelegenheit bot sich Oestreich in der neuenburger Frage. Herr Pz. declamirt sehr aus-

fürlich darüber, daß diese Frage ein blos dynastisches Interesse hat, daß die Ehre der andern deutschen Fürsten dabei nicht im geringsten theilhaftig ist. Wir geben das zu, aber desto eifriger hätte sich Oestreich zeigen sollen, dem Nachbarstaat einen Gefallen zu thun, der es nichts kostete und der diesem nichts einbrachte. Ist Oestreich etwa durch Sympathien für die Schweiz bestimmt worden, in den neuenburger Verhandlungen die Rolle zu spielen, die es gespielt hat? Oder war es etwa eine Gefälligkeit gegen den Kaiser Napoleon III., ihm die vermittelnde imposante Stellung zu überlassen, die am natürlichsten Oestreich zufiel? Es scheint beinahe so, als habe auch in dieser Sache nicht die ruhige Ueberzeugung, sondern das Gefühl den Ausschlag gegeben.

Ein ähnlicher Fall ist es mit der orientalischen Frage. Auch wir theilen ganz die Ansicht des Herrn Pz., daß in dieser Frage Oestreich eine viel einsichtsvollere Politik verfolgt hat, als Preußen; ja es hat einen glänzenden Erfolg davongetragen, denn es hat die wenigsten Opfer gebracht und sein Gewinn ist der größte gewesen. Aber man muß dabei zweierlei bedenken: einmal war Oestreichs Aufgabe in dieser Sache viel bestimmter vorgezeichnet. Die Combination war für Oestreich so günstig, wie sie nicht leicht in der Geschichte zum zweiten Mal vorkommt; der Gewinn war ein nothwendiger, unmittelbarer, und es kostete weiter nichts, als die Unterdrückung dankbarer Erinnerungen, ein Opfer, das bekanntlich bei menschlichen Angelegenheiten am leichtesten in die Waagschale fällt. Für Preußen dagegen waren zwar sehr bestimmte Opfer in Aussicht gestellt aber kein sicherer Gewinn garantirt; und wenn wir auch heute noch wie damals die Ueberzeugung hegen, daß der Gewinn sich von selbst würde ergeben haben, so kann man den preussischen Staatsmännern wenigstens ein sehr ernstes Mißtrauen gegen ihre Verbündeten nicht verargen. Es wäre Oestreich am leichtesten gewesen, durch offenes Entgegenkommen dieses Mißtrauen zu beseitigen. Hat es das aber gethan? Wir sind in die Geheimnisse der Diplomatie nicht eingeweiht, aber die Notizen, die damals durch die Zeitungen veröffentlicht wurden, waren so wenig darauf berechnet, die gerechte Empfindlichkeit eines unabhängigen Staats zu schonen, daß man fast auf den Glauben gerathen muß, Oestreich sei die Rolle, die Preußen spielte, gar nicht unbequem gewesen, es habe im Gegentheil indirect alles daran gesetzt, es darin zu bestärken. — Beiläufig bemerken wir noch, daß es im höchsten Grade ungerecht ist, Preußen allein für den Einfluß verantwortlich zu machen, den Rußland auf uns ausgeübt hat. Der Verfasser hat eine merkwürdige Manier, unbequeme Thatsachen zu überspringen. An 1772 und 1793 erinnert er mit großem Eifer, 1756 und 1830 hat er aber ganz vergessen. Wir dächten doch, daß im letztern Jahr nicht Preußen, sondern Oestreich der Vermittler des russischen Einflusses gewesen ist.

Indeß ist es im Grund eine müßige Frage, wer von den beiden Staaten

am meisten daran schuld ist, daß das wünschenswerthe Einverständniß nicht stattfindet. Genug, es findet nicht statt. Die Hauptsache ist folgende. Es kommt nicht bloß darauf an, daß Oestreich und Preußen einig sind, sondern worüber sie einig sind. Auch hier nehmen wir unsere Belege aus der Geschichte.

In der Zeit von 1815 bis 1847 oder wenigstens bis 1840 hat in den meisten Fällen zwischen Oestreich und Preußen Einverständniß geherrscht, mit andern Worten, Preußen hat gethan, was Oestreich wollte. Nun wird aber wol alle Welt darüber einig sein, daß die Herrlichkeit dieser Zeit nicht groß war. Wen nichts Anderes überzeugt, der mag sich daran erinnern, daß aus jener Zeit das Jahr 1848 hervorging. Die Signatur dieses Jahres war nicht die Leidenschaft der Menge, sondern die Schwäche der Regierungen, und diese war das Resultat der Stagnation jener ewig unglückseligen Jahre, das Resultat der metternichschen Politik. Was in jener Zeit Positives geleistet wurde (z. B. der Zollverein, das preussische Universitätsleben u.), ist von Preußen nicht mit Unterstützung Oestreichs, sondern trotz des Widerstrebens desselben durchgeführt worden.

Als im Jahr 1850 die bisherige Richtung der preussischen Politik aufgegeben wurde, glaubte das Ministerium Manteuffel seine Unabhängigkeit völlig constatirt zu haben, als es mit Oestreich gemeinsam dieselbe Sache unterstützte, die es früher bekämpfen wollte. Es hat mit Oestreich gemeinschaftlich in Schleswig-Holstein intervenirt und die dänische Oberherrschaft hergestellt, es hat später das londoner Protokoll mit unterzeichnet. Ob Preußen seine Würde nicht besser gewahrt hätte, wenn es diese Kooperationen unterließ, das ist eine Frage, die Herrn Pz. sehr gleichgiltig sein wird. Aber wäre es nicht auch für die Würde und für den Vortheil der deutschen Nation besser gewesen? Und die Sache ist ja noch keineswegs zu Ende. Auch jetzt wird sich in Bezug auf Schleswig-Holstein noch einmal bewahrheiten, daß es nicht bloß darauf ankommt, daß Oestreich und Preußen einig sind, sondern auch, worüber sie einig sind. Alle diese Bemerkungen haben nicht den Zweck, die preussische Politik zu vertheidigen, sondern nur darauf aufmerksam zu machen, daß jede Sache zwei Seiten hat.

Wir gehen jetzt auf den zweiten Punkt über. In Bezug auf den zweiten Frieden sagt der Verfasser S. 44: „Wenn es Alexander I. wirklich darum zu thun war, in Deutschland eine festere politische Gestalt zu vermitteln, damit es zu einer tüchtigen Vormauer gegen Frankreich werde, so mußte man vor allem das deutsche Kaiserreich auf einer neuen Basis wieder herstellen, die Zahl der Kleinstaaten vermindern und ihre Souveränitätsrechte schmälern, die Mittelstaaten hingegen vermehren und kräftigen. Davon ist wol auch die Rede gewesen. Die dynastischen Interessen Rußlands und Preußens verhin-

berten aber die Ausführung zweckdienlicher Maßregeln.“ — Es kreuzen sich in dieser Bemerkung zwei verschiedenartige Wünsche: das östreichische Kaiserthum und die Vergrößerung der Mittelstaaten. Wir fassen zunächst nur den letztern ins Auge, wobei wir natürlich noch daran erinnern, daß es sich bei der Kritik eines Buchs, welches den Titel „Träumereien“ führt, auch nur um Wünsche und Träumereien handeln kann.

Gegen die Existenz der kleinen Staaten kann man vom Standpunkt der innern Politik sehr viel einwenden, denn sie verringern die productive Kraft des Volks. Dagegen ist ihr Einfluß auf die große Politik niemals schädlich, oft vortheilhaft gewesen. Den Fürsten, deren Ländergebiet einen Umfang wie Waldeck umfaßt, kann es nicht einfallen, eine Souveränität in dem Sinn zu beanspruchen, wie Oestreich oder Preußen. Die Mittelstaaten dagegen werden durch ihre Natur dazu gedrängt, und sie würden ihre Unabhängigkeit Oestreich und Preußen gegenüber in noch viel höherem Grade behauptet haben, wenn man sie 1815 vergrößert hätte. Manchen Politikern, den reinen Bambergern, wäre das ganz gelegen; aber Herr Bz. wünscht ja die Einigung zwischen Oestreich und Preußen und die gemeinschaftliche Ausübung der Hegemonie. Nun wird aber durch nichts der Dualismus dieser beiden Staaten so gefördert, als durch die Existenz unabhängiger Mittelstaaten, die zwischen ihnen balanciren; und sollte einmal der Fall eintreten, daß Oestreich und Preußen über eine Sache einig wären, die Mittelstaaten nicht, so würde sich aus Bamberg leicht noch etwas Weiteres entwickeln, etwa eine Erneuerung von 1805. Staaten von dem Umfang und der Lage Hannovers sind ganz dazu angethan, eine selbstständige Politik zu verfolgen. Seite 5 sagt der Verfasser selbst: „Nach der Auflösung des deutschen Reichs hatte Napoleon unter den deutschen Fürsten zweiten und dritten Ranges, die er zum Theil zu Königen und Großherzogen erhob, sich allerdings manchen Freund erworben, der in ihm einen besseren Verbündeten und Schutzherrn erkennen mochte, als die Beherrscher Oestreichs und Preußens zu mancher Zeit gewesen waren.“ Weiterhin spricht er einen sehr scharfen Tadel gegen Preußen aus, daß es den Freiheitskrieg mit Drohungen gegen die Rheinbundfürsten eröffnete (S. 21). „Diese Drohung verfehlte nicht nur ihre Wirkung, sondern mußte dieselben auch mißtrauisch gegen die Absichten ihrer angeblichen Befreier machen.“ Auch die weitere Deduction ist interessant genug. (S. 22). „Verblieb Oestreich im Bunde mit Frankreich, so würden auch die Rheinbundfürsten ihre kräftige Mitwirkung nicht versagt haben. Die Karte von Mitteleuropa wäre dann ohne Zweifel eine ganz andere geworden, insofern man nämlich — dem Beispiele Rußlands und Preußens folgend — sich zu einem Interessentkriege entschloß. Die Donaufürstenthümer, und vielleicht auch ein Stück von Polen, würden Oestreich dann nicht entgangen sein.“ „Indes Oestreich verzichtete

auf die Vortheile, welche die Befolgung einer ländersüchtigen Politik ihm gewährt haben würde, und blieb Rußland und Frankreich gegenüber in einer zuwartenden Stellung, die ihm für den entscheidenden Moment freie Hand ließ. Das deutsche Interesse war also überwiegend.“

„Also Preußens Erhebung 1813 war ein Interessentkrieg, Oestreichs zuwartende Politik dagegen eine nationale Politik! Es ist doch gut, wenn man aufgeklärt wird! — Dann folgt eine Rechtfertigung der sächsischen Politik. „Die Verhältnisse waren ganz danach angethan, alle Kräfte Sachsens aufzubieten, um unter den französischen Ablern das Verlorne wieder zu erringen, und für den Verlust des Großherzogthums Warschau sich in Schlessen zu entschädigen, welches Napoleon in diesem Falle als Siegespreis aufgestellt hatte.“

„Allein Friedrich August wollte das nicht. Er ließ die Festung Torgau den Franzosen verschließen. „Daß die Festung auch den Verbündeten verschlossen blieb, verstand sich insofern von selbst, weil der Ausgang des zu erwartenden Kampfes zwischen Napoleon und seinen Gegnern über Sachsens Geschick entscheiden mußte, Sachsens Theilnahme an diesem Kampfe aber, bei der Geringfügigkeit seiner damals verwendbaren Streitkräfte, in der Hauptsache nichts zu ändern vermochte. Der Grundsatz einer thatsächlichen Neutralität wurde also consequent festgehalten.“

„Dadurch erhielt die Stellung Oestreichs ein doppeltes Gewicht und konnte eventuell zu einer schiedsrichterlichen werden.“

„Napoleon, über Friedrich Augusts Reise nach Prag ohnehin sehr aufgebracht, ließ dem so hartbedrängten Monarchen durch den Herzog von Weimar schreiben, er möge sich rund und offen erklären, mit dem Zusatze: *s'il est contre moi, il perdra tout ce qu'il a!* Wenige Tage später erhielt der König den ausdrücklichen Befehl zur augenblicklichen Rückkehr nach Dresden, die schon am 12. Mai erfolgte.“

„Nach solchen Vorgängen ist es wol erlaubt zu fragen: ob die ganz unzeitige und mit einer nicht zu rechtfertigenden Drohung verbundene Aufforderung an Sachsen, mit Rußland und Preußen gemeinschaftliche Sache zu machen, einen anderen Erfolg gehabt haben würde, als Land und Volk ganz nutzlos in noch größeres Unglück zu stürzen?“

Das alles sind Gesichtspunkte, die sich hören lassen, die der einsichtsvolle und wohlmeinende Fürst eines Mittelstaats, der einsichtsvolle und wohlwollende Minister eines Mittelstaats in Erwägung zu ziehen das Recht und die Pflicht hat. Wir wollen Friedrich August und seine Rathgeber keineswegs verurtheilen; sie handelten von ihrem Standpunkt aus, wenn nicht richtig, doch wenigstens begreiflich. Daß aber die Regierung eines Mittelstaats so denken und empfinden kann, ist das wol für die Zwecke, die auch Herr Pz. in Bezug auf das Gesamt Vaterland vertritt, heilsam? Dem Fürsten eines kleinen Staats kann es nicht einfallen, ähnliche Gesichtspunkte durchzuführen zu wollen, und auch die egoistische Politik eines Großstaats wie Oestreich und Preußen hat

doch immer Bezug aufs Allgemeine, wenigstens auf einen größern Theil des Allgemeinen. Wir kommen auf diesen Gedanken noch weiter unten zurück. Bei Herrn Bz. findet ein fortwährendes Schwanken zwischen dem angeborenen Instinct und der Ueberzeugung statt. Er ist überzeugt, daß nur das Kaiserthum, und zwar das östreichische, Deutschland retten könne; aber als Landesangehöriger eines deutschen Mittelstaats hindert ihn seine angeborne Pietät, die letzten Consequenzen dieser Ueberzeugung zu ziehen. Wenn man das Kaiserthum ernstlich will, so kann man darunter doch nicht das Kaiserthum von 1648 bis 1806 verstehen, die elendeste und kläglichste aller politischen Institutionen, die jemals in der Weltgeschichte vorgekommen sind. Dieses Kaiserthum hat für Deutschland nichts gethan und nichts thun können; es ist ihm nicht einmal gelungen, Bündnisse der deutschen Landesfürsten mit dem Erbfeind zu hindern. So gut der Verfasser es versteht, unbequeme Jahrhunderte zu ignoriren, so wird er sich doch wol erinnern, daß der Rheinbund keine Erfindung Napoleons ist, daß er ihn Ludwig XIV. abgelernt hat. Als Franz II. die deutsche Kaiserkrone niederlegte, war das nichts weiter, als die legale Anerkennung einer längst bestehenden Thatsache.

Wenn daher die sogenannte großdeutsche Partei ernstlich damit umgeht, die öffentliche Meinung auf die Erneuerung des deutschen Kaiserthums zu Gunsten Oestreichs vorzubereiten, so kann sie darunter nicht jenes Schattenkaiserthum des 17. und 18. Jahrhunderts verstehen. Das Kaiserthum des Mittelalters ist untergegangen durch die Landeshoheit der Fürsten. Diese ist seitdem nicht geschwächt, sondern gestärkt worden, und nicht bloß der König von Preußen, sondern auch die Könige von Baiern und Hannover können in ihren gegenwärtigen Machtverhältnissen nimmermehr genöthigt werden, sich einer höhern Macht zu fügen, die mehr als den Namen beansprucht.

Oestreichs Staatsmänner kennen hoffentlich zu gut das Maß ihrer Kräfte, um auch nur für die entfernteste Zukunft die Aufrichtung eines deutschen Reichs, mit andern Worten, die Unterwerfung Preußens und der Mittelstaaten, für möglich zu halten. Wenn sie diese Idee zuweilen aueregern, so geschieht es wohl nicht, um ernstlich etwas durchzuführen, sondern um anderweitige Pläne zu paralyßiren. Oestreich wünscht für Deutschland im Wesentlichen die Erhaltung der gegenwärtigen Zustände, um seine specifisch östreichischen, oder, wenn man will, seine europäischen Pläne durchzuführen. Es ist das von seinem Standpunkt aus auch völlig in der Ordnung.

Was die gegenwärtige Verfassung Deutschlands betrifft, so kann nur der Nebelwollende verkennen, daß sie der Verfassung des 18. Jahrhunderts unendlich vorzuziehen ist. Die Verfassung des 18. Jahrhunderts bestand aus einer Reihe officieller Lügen; die jetzige Verfassung entspricht den positiven Thatsachen wenigstens ziemlich correct, und nach dem Scheitern der Union

war sie unter allen denkbaren Verfassungen immer noch die erträglichste. Sie hat auch für Deutschland einen großen Gewinn, denn sie hindert wenigstens den leichtsinnigen Bürgerkrieg, das leichtsinnige Bündniß mit dem Ausland; aber sie ist nicht dazu angethan, für Deutschland eine positive Politik möglich zu machen. Sie ist im Großen das, was die Eidgenossenschaft vor 1847 im Kleinen war, nur freilich mit dem Unterschied, daß sie zwei Großmächte umfaßt, die auf eigne Hand Politik treiben können. Eine weitere Entwicklung dieser Verfassung ist auch nicht wol denkbar, am wenigsten durch das wohlgemeinte, aber absurde Mittel einer Volksvertretung am Bundestage. Die wahre Entwicklung, vorläufig in den materiellen Fragen, findet außerhalb des Bundestages statt, in dem Zollverein, den Verträgen über Münze und Gewicht und dergleichen: Verträge, die zwischen Oestreich einerseits, dem übrigen Deutschland andererseits geschlossen werden.

Wir wollen noch einige Bemerkungen des Verfassers über die Politik der Mittelstaaten anführen, die bei einem eifrigen Verteidiger der Mittelstaaten wohl zu beachten sind. Er spricht von den Verwandtschaften, die Rußland mit den deutschen Fürsten angeknüpft hat. „Bei einem Bundesstaate wie Deutschland, in welchem wichtige Beschlüsse nur durch Stimmeneinheit oder Stimmenmehrheit zu erzielen sind, können daher solche, von einer außerhalb des Bundes stehenden Großmacht gehandhabte Lenkseile das Mittel werden, wichtige Beschlüsse, welche dieser Macht unangenehm sein müßten, zu vereiteln oder doch ihre Ausführung zu erschweren. Die politische Selbstständigkeit des Bundes wird dadurch etwas illusorisch.“ (S. 60.) „Wir sind in die Geheimnisse der Diplomatie viel zu wenig eingeweiht, um mit einiger Sicherheit sagen zu können, weshalb grade die mittleren und kleineren Bundesstaaten eine besondere Hinneigung gegen Rußland zu erkennen gegeben haben. . . . Es muß wol angenommen werden, daß die mittleren und kleineren Bundesglieder gegen die möglichen Folgen eines möglichen Einverständnisses zwischen Oestreich und Preußen zu ihrer allmäligen Unterdrückung sich den Beistand einer fremden Schutzmacht sichern wollten. Auf diese Weise erklärt sich das Prädicat „conservativ“, mit welchem deutsche Federn und Zungen die russische Politik zu verherrlichen suchten, denn wir denken zu gut von ihnen, um den Verdacht hegen zu wollen, daß sie für die russische Willkürherrschaft Sympathien gehabt hätten.“ (S. 61.) — „Gäbe es in Deutschland nur eine Großmacht, so würde diese der natürliche Stützpunkt sein. Da es aber zwei deutsche Großmächte gibt, welche noch dazu europäische sind, und diese beiden Großmächte zeitweilig sich in das Gesicht geschlagen, oder sich grollend den Rücken zugekehrt haben, so suchten die Mittelstaaten Schutz und Vortheil in einem politischen Schaukelsystem, das sich nicht einmal immer zwischen diesen beiden Großmächten bewegte, sondern auch Frankreich oder Rußland zu An-

ziehungspunkten machte. Es soll nicht bestritten werden, daß die Mittelstaaten dadurch an souveräner Selbstständigkeit gewonnen haben; diese ist aber nicht stark genug, um stets im Gleichgewicht erhalten werden zu können. Dagegen hat das politische Schaukelsystem der Mittelstaaten die Eifersucht der beiden deutschen Großmächte erhöht. . . . Aus diesen Conflicten ist die politische Schwächung Deutschlands als Gesamtmacht entstanden. Wird aber das große Ganze geschwächt, dann leiden auch die integrirenden Bestandtheile darunter, und ihre theilweise Kraftvermehrung ist unvermögend, den Nachtheil der allgemeinen Schwächung auszugleichen.“ (S. 62.)

Die Bemerkungen sind vollkommen richtig und sprechen für sich selbst; der Unparteiische möge aber beurtheilen, ob sie für den Verfasser sprechen.

Wie alle Schriftsteller seiner Partei, macht auch Herr Bz. der preussischen Politik den Vorwurf, sie sei zu allen Zeiten darauf ausgegangen, an der Spitze eines norddeutschen Sonderbundes sich von Deutschland mehr oder minder zu trennen. Der Vorwurf ist in der Hauptsache thatsächlich begründet, und man muß sich nur darüber wundern, daß jene Schriftsteller nicht weiter gegangen sind, daß sie dem zufälligen Ehrgeiz einzelner Fürsten und Staatsmänner beimessen, was doch aus der Natur der Dinge hervorgeht. Preußen hat seit länger als einem Jahrhundert die Macht in den Händen, eine selbstständige Politik zu treiben. Diese Macht wird aber beschränkt durch das Verhältniß zum deutschen Bunde, mit andern Worten, zu Oestreich. Der Gedanke liegt also nahe, dieses Band zu lösen. Für sich allein kann aber Preußen nicht bestehen, seit dem zweiten pariser Frieden noch weniger als früher, weil seine Besitzungen durch eine Reihe dazwischen liegender Staaten getrennt sind; es muß also danach trachten, diese dazwischen liegenden Staaten, die ihm in Bezug auf die Sitten, die Religion und die materiellen Interessen nahe verwandt sind, in einer Föderativverfassung zu vereinigen. Gleichviel, welche Partei in Preußen ans Ruder kommt, Gerlach oder Waldeck, Manteuffel oder Bethmann-Hollweg, Arnim oder Auerwald, die sogenannte gothaer Politik (der Name ist von dem unbedeutendsten Ereigniß in ihrer Entwicklung hergeleitet), diese Idee wird immer ihr Leitstern bleiben müssen. Bis jetzt ist sie stets gescheitert, und zwar an den dynastischen Interessen, die ihren Stützpunkt in Oestreich fanden. Das letztere zu gewinnen oder zu paralytisiren, ist der einzige Weg, auf dem diese Politik Aussicht auf Erfolg hat, und wenn Radowig das erste Mittel versucht hat, so mag man ihn wegen der ungeschickten Methode tadeln, die Idee an sich war vollkommen richtig. Was uns betrifft, so sind wir theoretisch weit davon entfernt, in dieser Politik den einzigen Weg zu sehen, auf dem Deutschlands Wohl gefördert werden kann. Es ist möglich, daß es durch eine Reihe zusammenwirkender Umstände unsern Gegnern gelingt, ihre Ideen zur Geltung zu bringen; praktisch kann uns aber das nicht ab-

Grenzboten II. 1857. 7

halten, auf der Bahn zu verharren, die wir nach reiflicher Prüfung eingeschlagen haben. Möchte nur bei unsern Freunden wie bei unsern Gegnern die Vaterlandsliebe und der gesunde Menschenverstand groß genug sein, um in der abweichenden Ueberzeugung nicht den bösen Willen herauszusuchen. J. C.

Aus Beethovens letzten Lebensjahren.

2.

Ungedruckte Briefe Beethovens.

Als Beethoven, wie in dem Tagebuch — Nr. 11 dieser Zeitschrift — erzählt wurde, plötzlich in die Lage kam, die Obhut über seinen Neffen zu übernehmen, für einen andern zu arbeiten und zu sorgen und unter den unangenehmsten Verhältnissen seinen Schützling von der eignen Mutter zu lösen, da sah er sich mit Gewalt in das praktische Leben, von dem er nichts verstand, hineingezogen. Sein eignes Leben erhielt einen neuen Inhalt, aber auch eine Centnerlast von Sorge und Bedenken, und an sein Dichten und Schaffen hängten sich die Nützlichkeitsrückichten zuweilen als ein hemmender Klog. Die folgenden im Interesse des Neffen geschriebenen Briefe werden deshalb als ein Beitrag zum Verständniß seiner letzten Jahre nicht unwillkommen sein.

Auf einer Reise in Steiermark fand ein geehrter Mitarbeiter dieses Blattes diese Briefe von Beethovens eigner Hand noch im Besitz der Familie des Pensionatvorstehers, an welchen sie gerichtet sind. Der Abdruck hier erfolgt nach einer sorgfältig genommenen Abschrift.

Wie geringfügig auch zuweilen ihr Inhalt ist, man wird mit lebhaften Empfindungen die unruhige Sorge beobachten, mit welcher die hohe Seele Beethovens um den Neffen herumschwebt, und wie sehr sein Streit mit der Mutter des Knaben — der Königin der Nacht, nach Beethovens Ausdruck — ihn aufregt und verstimmt.

Schindler hat der Mutter schon mit Ausführlichkeit erwähnt, so daß von Verletzung gebotener Rücksicht nicht füglich mehr die Rede sein kann. Demungeachtet lassen wir einen sie hauptsächlich verdammenden Brief zurück, und wollen bei dieser Gelegenheit überhaupt hervorheben, daß Beethovens Urtheil über sie und selbst dasjenige des Tribunals, das sie ihrer Kinder verlustig erklärte und Beethoven die ganze Vormundschaft zuwälzte, doch noch nicht